

Wolffsche



Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Im Verlage Vossischer Erben. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsstells): H. Boehmann in Berlin.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Str. 8/9, Berlin O.

Telephon: (Zentrale im Hause) Amt Zentrum 1525, 1526, 7462, 7990, für Ferngespräche Amt Zentrum 10664, 10661.

Die politische Krise in Spanien.

Der Lösung der Kabinettskrise ist eine Empörung der gesamten konservativen Partei unter Führung Maura's gefolgt. Die gewaltige persönliche Macht des alten konservativen Führers, der als „eiserne Mann“ von seinen Freunden bewundert, als der „Genie“ von den Revolutionären tödlich gehaßt wird, hat sich bei dieser Manifestation bewährt; fast geschlossen hat die Partei dem Lande den Dienst aufgesagt. In allen politischen Kreisen des Landes ist die Befürchtung über einen solchen in der parlamentarischen Geschichte des Landes unerhörten Schritt groß, die Regierung hält Beratungen ab, und auch aus den Kreislagen der Liberalen Presse hört man trotz eines zur Schau getragenen Triumphes den Unterton der Verlegenheit heraus.

Was jetzt werden wird, ist noch unklar; zunächst spricht man von einer Rekonstitution der konservativen Partei unter dem gemäßigteren Führer Dato. Jedenfalls aber liegt es im Interesse der Liberalen, daß das jetzige Vakuum, das alle parlamentarische Arbeit zu lähmen droht, bald beseitigt wird. Seit langen Jahren haben in Spanien das konservative und das liberale Regime einander abgelöst, die Parteien haben mit einander gewirkt. So haben auch Maura und der verstorbenen Canalejas mit einander partiiert und sich auf die gegenseitige Abstützung eingerichtet.

Den Grund, weshalb Maura und sein getreuer Adjutant Socorro das Signal zum Abmarsch der Konservativen gaben, hat er nicht verborgen. Er beklagt sich in seinem an die Präsidenten des Senats und der Kammer gerichteten Schreiben darüber, daß der König es nicht für nötig gehalten habe, ihn vor der Lösung der Kabinettskrise zu befragen. Im übrigen richtet er die gewöhnlichen Angriffe gegen die Regierung wegen ihrer Finanzpolitik und ihrer nachgiebigen Haltung gegenüber den Revolutionären. Es ist wohl zu verstehen, daß der Stolz über das Verhalten des Königs Alfonso zum mindesten ein ebenso hartes Motiv war als die Enttäuschung Maura's darüber, daß er jetzt nicht wieder, wie er gehofft hatte, ans Ruder gekommen ist. Der alte Führer der „mauristischen Partei“ der weiß, daß er einen Machtstater hohen Ranges im Lande bildet, mußte diese Kränke Ausgestaltung der konservativen als Beleidigung empfinden. Zudem ging daraus hervor, daß der König noch für längere Zeit beabsichtigt, die liberale Regierung aufrecht zu erhalten, während doch die in Spanien übliche Dauer eines Partiregimes schon längst überschritten war.

Maura's angelegentlichster Wunsch aus dem politischen Leben wird in der gewöhnlichen Presse mit Stillsitzen begriffen, in denen der tiefe persönliche Haß gegen diesen Mann der brutalen Faust lauten Ausdruck findet. Man vergleicht seine Stellung und seine Generalpolitik mit der des Diktators Joao Franco in Portugal. Und es wird mit Befriedigung empfunden, daß dieser Mann, um den einst der Ferrer-Streit tobte, auf den so viele Attentate gerichtet waren, und der allen diesen Angriffen mit eherner Stirn trotzte, nun freiwillig seiner Macht entzogen wird. Maura soll ja schon vor einiger Zeit erklärt haben, er sei des Kampfes müde. Aber diese Erklärung wurde nicht ernst genommen. Es wird abgemurrt sein, ob sein jetziger Schritt in der Tat als das Ende seiner politischen Laufbahn anzusehen ist.

Die gegen die liberale Partei gerichteten Vorwürfe, die besonders auch von Herikalen Blättern erhoben wurden, haben kein schweres Gewicht. Wenn die Finanzen sich zur Zeit in etwas kritischen Zustande befinden, und die großen Zahlen des Defizits erschrecken, so weist man demgegenüber darauf hin, daß im wesentlichen die durch den Krieg verursachten starken Ausgaben daran schuld sind, und daß gerade die konservative Regierung diesen Krieg begann. Ferner darauf, daß die großen Forderungen, die auf dem konservativen Programm stehen, die Finanzschwierigkeiten noch größer machen würden. Im übrigen hofft man zuversichtlich auf eine Verbindung der Finanzen. Die Politik gegenüber den Republikanern wird besonders in den konservativ-herikalen Blättern angegriffen, und man schaut sich nicht, dem König wegen seines Eintretens für die Liberalen Schwäche und Furcht vor Bombenattentaten nachzusagen. Aber König Alfonso XIII. hat wohl während seiner Regierung zu Genüge bewiesen, daß er sich vom Gefühl persönlicher Furcht nicht bestimmen läßt.

Die weiteren Folgen des konservativen Streits werden voraussichtlich bald an den Tag treten. Es wurde eine Generalversammlung der Partei auf nächsten Mittwoch einberufen, in der über die künftige politische Haltung Bescheid gesagt werden soll. Das Ergebnis dieser Versammlung wird jedenfalls auch auf die Einschüchtern der Regierung Einfluß haben.

Kaiser Franz Josephs Befinden.

Heute vormittag waren in Berlin beunruhigende Gerüchte über den Kaiser Franz Josef verbreitet. Es hieß, daß das Befinden des Kaisers zu den äußersten Befürchtungen Anlaß gebe, und vielfach wurde selbst noch Schlimmeres gelaubt. Das Telephon zwischen Berlin und Wien war von Aufmerksamkeitshalt in Anspruch genommen, und auch in Berlin selbst bestimmte man die Stellen, von denen man vermutete, daß sie Näheres wissen müßten, mit telephonischen Anfragen. Alle die Gerüchte erweisen sich als unbegründet, wie sich aus nachstehendem Telegramm ergibt:

Wien, 3. Januar. Die Gerüchte über ein Unwohlsein des Kaisers sind vollkommen unbegründet. Der Kaiser, der gestern nachmittag einen längeren Spaziergang in der großen Operette in Schönbrunn unternommen hat, erfreut sich des besten Wohlseins.

Die heutige Konferenz.

Konstantinopel, 2. Januar. Der Minister des Äußeren erklärte heute abend auf der Spitze dem Korrespondenten des Wolffschen Tel.-Burs., die Worte haben ihren Delegationen in London neue genaue Weisungen erteilt, die ihnen gestattet, die Bevollmächtigten des Balkanbundes wissen zu lassen, daß die Fortsetzung eines Anstiehs des Ägäischen Meeres abtreten könne, daß sie dagegen geneigt sei, einige Verichtigungen der Grenze des Wilajets Adrianopel vorzunehmen, das aber vollkommen der Türkei verbleiben müsse. Weiter führte der Minister aus, daß jetzt ein größerer Schritt zum Frieden getan sei, wenn auch zunächst nur eine Einigung über das Schicksal Albanien's und Mazedoniens vorhanden sei, die unter der Garantie des Sultans stehen. (?) Von einem gezielten Frieden zu sprechen oder gar zu weit, da die Türkei in bezug auf Adrianopel unerbittlich sei und unbedingt den Krieg wieder beginnen werde, falls diese Stadt nicht der Türkei belassen werde. Dieser seien nur territoriale Fragen behandelt worden, aber auch die anderen, wie beispielsweise die der Deute Publique, verlangten noch eine ernste Erörterung.

Paris, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht; unseres Korrespondenten.) Die heutige Sitzung der Friedensunterhändler wird voraussichtlich folgenden Verlauf nehmen: Die türkischen Bevollmächtigten, welche die von ihnen erzielten neuen Weisungen aus Konstantinopel erhalten haben, werden eine Karte mitbringen, in die die neue Grenze, die sie vorschlagen, eingetragen ist. Diese Grenze wird nördlich Adrianopel nicht als bulgarisches Gebiet bezeichnen. Die Balkanverbündeten werden darauf erwidern, daß der türkische Vorgevorschlag unannehmbar ist und daß sie die ottomanischen Bevollmächtigten ersuchen müssen, in der nächsten Sitzung neue Vorschläge zu machen, die die Abtretung Adrianopels an Bulgarien in sich greifen.

Die ersten Zugeständnisse der Fortie, welche die Balkanverbündeten nicht entfernt so hoch einschätzen, wie die öffentliche Meinung, und die bei den Aufstehenden einen seltenen Optimismus gereizt haben, wurden, wie man hier bestimmt erfahren, dadurch veranlaßt, daß der Fortie die Weisung zugeht, König Ferdinand habe sich mit dem Höchstbefehlenden der bulgarischen Streitkräfte nach dem bulgarischen Lager vor Tschataltscha begeben und plane die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, wenn die Türkei bei ihrem System der Verschleppung verharren würde.

Die Grenzen Albanien's.

Eine albanesische Denkschrift.

London, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht; unseres Korrespondenten.) Der auf Sir Edward Grey's Anregung geschlossene Vorkonferenzauschuss nahm gestern zum ersten Male im neuen Jahre seine unterirdischen Unterhaltungen wieder auf. Die erste dieser Sitzungen fand beinahe am 17. Dezember statt. Am 20. Dezember wurde die Konferenz dann über die Weisungsfertigen verhandelt und es wurde jener Bericht herausgegeben, daß die Vorkonferenzkonferenz die Autonomie Albanien's angenommen und gleichzeitig dem Königreich Serbien den Gebrauch eines Handelshafens am Adriatischen Meere zugesichert habe.

Die gestrige Konferenz, dauerte etwa zwei Stunden. Der russische Vorkonferenz Graf Banderoff konnte nur zu Beginn und zum Schluß der Sitzung je eine halbe Stunde zugegen sein. Er hatte in der Zwischenzeit eine wichtige Verabredung, die ihn fernhielt.

Wahrscheinlich behandelten die Vorkonferenz diesmal die Grenzabstimmung und die innere Organisation des neu zu schaffenden albanischen Staates. Am Mittwoch abend sind in London drei Vertreter der provisorischen Regierung Albanien's eingetroffen: Mehmed Bey aus Korinth, Rasid Bey aus Din und Hilij Effendi aus Noga. Es hatten gestern nachmittag dem Auswärtigen Amte einen Besuch ab, wo sie, wie schon gemeldet, vom Unterstaatssekretär Sir Arthur Nicolson empfangen wurden, der sein Bedauern ausdrückte, daß Sir Edward Grey nicht zugegen sein konnte. Die drei Abgeordneten überreichten eine Denkschrift, die an Sir Edward Grey als Präsidenten des Vorkonferenzauschusses, gerichtet ist. Das Schriftstück wird demnächst den Vorkonferenzen vorgelegt werden. Es enthält eine Darlegung der Ansichten der provisorischen Regierung über die Abgrenzung und die künftige Staatsform Albanien's.

Die Denkschrift führt ungefähr folgendes aus: Es ist eine historische beglaubigte Tatsache, daß das ethnologisch zusammengehörige albanesische Volk die gleichartige und bedeutende Völkergemeinschaft des Balkanhalbinsel ist. Derselbe, Sprache, Ethnie und Charakter unterscheiden es gänzlich von den Nachbarvölkern und geben ihm das eigene Gepräge. Die Geschichte des albanesischen Volkes ist voll hundertjähriger Kämpfe zur Wahrung der Unantastbarkeit seines Gebietes. In seiner Geschichte seines langen nationalen Bestehens hat Albanien eingewilligt, gänzlich auf sein Selbstbestimmungsrecht zu verzichten. Es hat in gewissen Momenten seiner Geschichte sich damit abfinden müssen, sich unter das Joch des Eroberers zu beugen, allein sein nationales Ideal blieb immer unberührt und die Unterwerfung war rein äußerlich. Albanien ist fest entschlossen, ein Element des Gleichgewichts und Friedens auf dem Balkan zu werden, aber um diese Aufgabe zu erfüllen, muß die nationale Homogenität, die es wohl zu wahren verstanden hat, ihre Krönung durch die Errichtung einer lebensfähigen, gerechten und dauerhaften Organisation erhalten. Diese Organisation kann nicht anders als in der unbedingten Selbstbestimmtheit bestehen, denn diese allein ist imstande, jede Störung durch fremde oder dazwischenliegende Einflüsse fernzuhalten. Die albanesische Nation ist überzeugt, daß der Balkanbund nicht aus dem Auge verliert, daß sein gemeinsames Vorgehen in

gewissen Sinne die Fortsetzung der alten albanesischen Missionen ist und daß die heutigen Erfolge der Verbündeten als die Früchte des Bestrebens angesehen werden können, in dem sich die Albanen in der Gegenwart wie in der Vergangenheit durch fortgesetzte Erhebungen und unermüdbare Kämpfe um die nationale Freiheit glänzend bewährt haben.

Wenn das Gewicht der Opfer, der ausgestandenen Leiden und des ertragenen Unquats notwendig wäre zum Beweise des ungeschwächten Willens jedes erwachsenen Mannes, sich selbst zu regieren, so könnten die Albanen die strengsten türkischen Bevollmächtigungen als Beispiel anführen, deren Opfer sie noch kürzlich waren.

Seine, um mit dringender Notwendigkeit die endgültige Lösung der Balkanfrage sich abzuhandeln, würde das albanesische Volk es nicht ertragen, daß ein Teil seiner Rechte geopfert würde, und seine Zukunft auf einer ungesunden Grundlage aufgebaut würde. Wenn einmal als Grundbedingung „Der Balkan für die Balkanvölker“ aufgestellt ist, so ist es schwer einzusehen, warum ein Teil der Balkanbevölkerung von dieser ebenso natürlichen wie gerechten Regel ausgenommen werden sollte. Ueberließ ist die völlige Begünstigung des Balkan nicht denkbar, wenn nicht die Grenzen jeglicher politischer Einheit den natürlichen und ethnographischen Grenzen entsprechen. Es hieß, den Reim des Zwiespaltes und der Irrungen lösen, wollte man das Gebiet, in denen die albanesische Bevölkerung in der Überzahl ist, unter fremde Herrschaft geben.

Das albanesische Volk entspricht den Wünschen der Nachbarvölker, wenn es erklärt, daß Friede und Ruhe auf dem Balkan nur unter der ausdrücklichen Bedingung erlangt werden können, daß man dem zukünftigen Staat Albanien eine homogene Beschaffenheit verleiht. Deshalb verlangt Albanien ausdrücklich seine natürlichen Grenzen, die sich aus den ethnographischen Bedingungen wie aus dem Rechte des Selbstes ergeben, und es ist überzeugt, daß das nachfolgende Wohlwollen der Großmächte helfen werde, daß diese Grundzüge streng eingehalten werden.

Die Grenzen, die wir wünschen, so legt die Denkschrift weiter dar, laufen längs der Linie, die von der gegenwärtigen Grenze des Königreichs Montenegro ausgeht, und die Städte Sveti Petar, Mitrovica, Pristina, Ustëfab und Monastir mit dem entsprechenden Hinterlande bis Regowo einschließt und die gegenwärtige türkisch-griechische Grenze bis Preveza beibehält. Die Grenzen, die wir wünschen, so legt die Denkschrift weiter dar, laufen längs der Linie, die von der gegenwärtigen Grenze des Königreichs Montenegro ausgeht, und die Städte Sveti Petar, Mitrovica, Pristina, Ustëfab und Monastir mit dem entsprechenden Hinterlande bis Regowo einschließt und die gegenwärtige türkisch-griechische Grenze bis Preveza beibehält.

Die Denkschrift führt ungefähr folgendes aus: Es ist eine historische beglaubigte Tatsache, daß das ethnologisch zusammengehörige albanesische Volk die gleichartige und bedeutende Völkergemeinschaft des Balkanhalbinsel ist. Derselbe, Sprache, Ethnie und Charakter unterscheiden es gänzlich von den Nachbarvölkern und geben ihm das eigene Gepräge. Die Geschichte des albanesischen Volkes ist voll hundertjähriger Kämpfe zur Wahrung der Unantastbarkeit seines Gebietes. In seiner Geschichte seines langen nationalen Bestehens hat Albanien eingewilligt, gänzlich auf sein Selbstbestimmungsrecht zu verzichten. Es hat in gewissen Momenten seiner Geschichte sich damit abfinden müssen, sich unter das Joch des Eroberers zu beugen, allein sein nationales Ideal blieb immer unberührt und die Unterwerfung war rein äußerlich. Albanien ist fest entschlossen, ein Element des Gleichgewichts und Friedens auf dem Balkan zu werden, aber um diese Aufgabe zu erfüllen, muß die nationale Homogenität, die es wohl zu wahren verstanden hat, ihre Krönung durch die Errichtung einer lebensfähigen, gerechten und dauerhaften Organisation erhalten. Diese Organisation kann nicht anders als in der unbedingten Selbstbestimmtheit bestehen, denn diese allein ist imstande, jede Störung durch fremde oder dazwischenliegende Einflüsse fernzuhalten. Die albanesische Nation ist überzeugt, daß der Balkanbund nicht aus dem Auge verliert, daß sein gemeinsames Vorgehen in

Die rumänisch-bulgarischen Verhandlungen.

Paris, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht; unseres Korrespondenten.) Die Schwierigkeiten einer Einigung zwischen Rumänien und Bulgarien treten immer deutlicher zutage. Die Rumänen machen ihre Ansprüche mit der Begründung geltend, daß die Balkanverbündeten ihre Gebietsvergrößerungen nie erlangt hätten, wenn Rumänien sie nicht hätte gewähren lassen. Da die Enthaltung Rumänien's eine Hauptursache der Erfolge der Balkanier war, scheint es billig, dem Nachbarstaate für seine Neutralität jetzt Entschädigungen zu gewähren.

Auf diese Argumentation erwidern die Bulgaren: Rumänien hat in den Krieg nicht eingegriffen, weil es glaubte und hoffte, wir würden geschlagen werden. Es hat seine Symphonien für die Türken nicht verheißt. Es hat den Durchgang des Kriegsbedarfes für die Türken durch Rumänien gestattet. Hätten die Türken uns geschlagen, so würde Rumänien sich ohne Zweifel eines Teiles unserer Gebiete bemächtigt und von den Türken eine Entschädigung für seine Neutralität verlangt haben. Wie sind also tatsächlich? Da wir indessen mit Rumänien auf freundschaftlichem Fuße leben wollen, sind wir dennoch bereit, ihm eine kleine Grenzvergrößerung zuzugestehen.

Das erste Anerbieten, das Herr Danew in dieser Hinsicht bei seinem Besuche in Bukarest machte, wurde von Rumänien als völlig ungenügend bezeichnet. Bulgarien wird nun ohne Zweifel sich verbieten, und auf Grund des neuen Angebotes werden sich Verhandlungen einstellen lassen. Auf jeden Seiten herrscht jetzt guter Wille und die Hoffnung, zu einer Verständigung zu gelangen. Man glaubt, daß Rumänien auf der Abtretung von Silistria bestehen wird, und es ist möglich, daß Bulgarien sich zu diesem Opfer entschließt.

Petersburg, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht; unseres Korrespondenten.) Der „Now. Wc.“ wird aus Belgrad gemeldet, Rumänien habe an der bulgarischen Grenze achtzig Bataillone mobilisiert.

Zur inneren Lage in der Türkei.

Konstantinopel, 3. Januar. Die seit einigen Tagen umlaufenden Gerüchte über eine bevorstehende Ministerkrise sind offenbar in Abrede gestellt. Aus jungtürkischen Kreisen verlautet, daß das Komitee vor dem Friedensschlusse nichts unternehmen werde.

... 1. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.